

Stand: 09.02.2026 15:13:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15185

"Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15185 vom 01.02.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15238 vom 01.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen. Er sieht Handlungsbedarf für eine gerechtere Verteilung der Kosten auf vielen Ebenen – auch bei den Netzentgelten. Dieser Handlungsbedarf besteht aber nicht nur bei den Netzentgelten im Übertragungsnetz.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- eine bundesweite Angleichung der Netzentgelte im Übertragungsnetz erfolgt,
- ein Ausgleich bei den Netzentgelten im Verteilnetz eingeführt wird, mit dem Ziel einer starken Angleichung der großen regionalen Unterschiede,
- einheitliche Regeln für die Verteilnetzbetreiber zur Umlage der Netzentgelte auf verschiedene Verbrauchergruppen geschaffen werden,
- die Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Unternehmen, die im § 19 Abs. 2 Satz 2 der Stromnetzentgeltverordnung geregelt sind, schrittweise abgebaut werden
- bei der sogenannten § 19-Umlage alle Verbrauchergruppen gleich behandelt werden.

Begründung:

Die Kosten der Energiewende sind in Deutschland nicht gerecht verteilt. Die Hauptlast tragen zunehmend Haushalte und Gewerbe, während die Industrie und Großverbraucher immer mehr geschont werden. Ursprünglich geschaffene Vergünstigungen für Industrie und Großverbraucher waren als Übergangslösung für eine schrittweise Anpassung gedacht. Stattdessen wurden diese Vergünstigungen in den vergangenen zehn Jahren systematisch ausgeweitet. Dieses führte

dazu, dass die umweltschädlichen Subventionen im Energiebereich weiter zunahmen und mittlerweile mehr als 20 Mrd. Euro jährlich betragen.

Die Netzentgelte im Übertragungsnetz entwickeln sich derzeit stark auseinander, weil der wesentliche Teil der HGÜ-Leitungen in den Netzgebieten von 50 Hertz und Tennet liegen und weil mit der von der CSU durchgesetzten generellen Erdverkabelung die Kosten für diese HGÜ-Leitungen gravierend steigen. Damit würden die Stromabnehmerinnen und -abnehmer in den Netzgebieten von 50 Hertz und Tennet deutlich stärker belastet als die in den Netzgebieten von Amprion oder TransnetBW.

Ebenso entwickeln sich die Netzentgelte im Verteilnetz stark auseinander. In ländlichen Regionen mit einer Vielzahl von dezentralen Einspeisern erneuerbarer Energien ist der Aufwand für den Netzausbau relativ hoch im Vergleich zu städtischen Gebieten. Gleichzeitig ist die Zahl der Kunden in den ländlichen Regionen deutlich geringer als in den Städten. Dies führt dazu, dass in einigen Gebieten die Netzentgelte besonders stark steigen, weil hohe Kosten auf wenige Kunden umgelegt werden müssen, während in anderen Regionen die Verteilnetzentgelte weitgehend stabil bleiben. Dies führt zu erheblichen Preisverwerfungen innerhalb Bayerns zwischen den verschiedenen Regionen. Aber auch deutschlandweit sind die Verwerfungen groß, etwa zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern.

Bisher ist es den Verteilnetzbetreibern weitgehend freigestellt, wie sie ihre Kosten auf die verschiedenen Kunden und Kundengruppen aufteilen. In der Praxis wird dies sehr unterschiedlich gehandhabt. Auch hier gibt es einige, die Privathaushalte wesentlich stärker belasten als Industriebetriebe. Es liegt der Verdacht nahe, dass bei manchen Verteilnetzbetreibern die Gestaltung der Netzentgelte vor allem von wirtschaftspolitischen Interessen geprägt ist.

Eine der vielen umweltschädlichen Subventionen ist im § 19 Abs. 2 Satz 2 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) geregelt. Sie gewährt Stromgroßverbrauchern, die über 7000 oder 8000 Stunden im Jahr abnehmen und dabei eine bestimmte Strommenge verbrauchen, ein sogenanntes individuelles Netzentgelt. Dieses individuelle Netzentgelt gewährt Rabatte bis zu 90 Prozent. Diese lukrativen Rabatte führen dazu, dass einige Unternehmen bewusst mehr Strom verbrauchen, denn höherer und zeitlich umfangreicherer Stromverbrauch führt zu höheren Rabatten und damit zu insgesamt niedrigeren Kosten. Das sind perverse Wirkungen. Die Regelung wider-

spricht in dieser Form allen Effizienzbemühungen und dem Klimaschutz. Die Vergünstigungen nach § 19 Abs.2 Satz 2 StromNEV sind seit 2005 Stück für Stück ausgebaut worden. Sie sollten zügig zurückgeführt werden.

Im Zusammenhang mit dieser Subventionierung der Großverbraucher wurde die sogenannte §19-Umlage eingeführt. Mit dieser Umlage werden die Einnahmen, die den Netzbetreibern im Rahmen des § 19 Strom-

NEV gewährt werden, wiederum auf alle anderen Stromverbraucher mit niedrigerem Stromverbrauch umgelegt. Doch auch hier herrscht große Ungerechtigkeit: Wer im Jahr 2017 1 Mio. Kilowattstunden verbraucht, zahlt insgesamt etwa 3.880 Euro Umlage. Wer aber 10 Mio. Kilowattstunden verbraucht, zahlt nur etwa das Doppelte. Auch hier ist eine Reform dringend nötig, um die Privathaushalte und das Klein gewerbe zu entlasten.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/15185

Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Otmar Bernhard

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Manfred Ländner

Staatsministerin Ilse Aigner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)

Bundeseinheitliche Netzentgelte im Übertragungsnetz (Drs. 17/15169)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Gesamtkonzept zur Neuordnung der Netzentgeltregelung und Vereinheitlichung der Netzentgelte (Drs. 17/15184)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz (Drs. 17/15185)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Netzausbaukosten minimieren - SüdLink und SüdostLink stoppen - Bayerns saubere, flexible Gaskraftwerke ans Netz bringen (Drs. 17/15186)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Bernhard von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur, der ursprünglich eine Ermächtigungsgrundlage für einheitliche Übertragungsnetzentgelte enthielt. Diese Ermächtigung ist ersichtlich auf Betreiben Nordrhein-Westfalens, Frau Kraft und des damaligen Bundeswirtschaftsministers, aus dem Entwurf gestrichen

worden, weil sie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen benachteiligt hätte. Das Ganze ist also auf Kosten Bayerns von der SPD und ihrem damaligen Wirtschaftsminister veranlasst worden.

Anstatt einen Nachzieher einzureichen, hätten Sie sich darum kümmern sollen, was Ihr Bundeswirtschaftsminister zum Nachteil Bayerns so treibt. Das wäre wesentlich wirksamer gewesen, als jetzt irgendwelche Anträge im Nachgang zu stellen.

Das Ganze kommt dadurch zustande, dass es eine Regelung für sogenannte gesonderte Netzentgelte in den Regionalzonen gibt. Das ist vielleicht etwas kompliziert, aber es ist so. Darin gehen gewisse Kostenanteile ein, die im Ergebnis dazu führen, dass in Bayern die Stromkosten weiter steigen. Dies sind Elemente wie Netzreserve, Redispatch, Einspeisemanagement und vor allem auch die Kosten für den Neubau der Übertragungsleitungen aus dem Norden.

Wir halten die Auswirkungen für ausgesprochen ungerecht, weil dies Kosten der Energiewende insgesamt sind, die von allen, die diese Energiewende wollten, getragen werden müssten. Das ist kein bayerisches Spezifikum, sondern die Kosten kommen dadurch zustande, dass man Leitungen aus dem Norden braucht. Was sich da an Kostensteigerungen abspielt, ist als relativ drastisch zu bezeichnen. In großen Teilen Bayerns, also vor allen Dingen in den Bereichen, wo Tennet diese Übertragungsnetze betreibt, fallen bis zu 80 % höhere Kosten an. Deshalb bitten wir die Staatsregierung, in geeigneter Weise vorzugehen, dass die Ermächtigung wieder im Gesetz aufgenommen wird, nach der einheitliche Entgelte für die Übertragungsnetze geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten immer die Grundüberzeugung, dass in Deutschland einheitliche Entgelte verlangt und die Kosten solidarisch verteilt werden sollten. Das ist unser Ziel. In Ihren Dringlichkeitsanträgen erheben Sie ebenfalls diese Forderung; Sie gehen aber weit darüber hinaus. Wir wollen uns dagegen auf das Thema der Ermächtigungsgrundlage konzentrieren. Das ist

dem Gesetzgebungsverfahren geschuldet. Wir wollen jetzt nicht die Schaffung eines Gesamtkonzeptes anstoßen, wie das die SPD formuliert hat, mit dem die Netzentgelte neu geregelt werden sollen. Das kann nicht der Sinn dieser Debatte sein. Im Übrigen handelt es sich bei der Berechnung, der Umlage und der Verteilung dieser Entgelte um ein hochkompliziertes Geflecht. Wer sich dieses Themas annehmen will, muss sich überlegen, in welche Richtung das Ganze gehen soll. Man kann nicht einfach sagen: Das soll einmal neu geregelt werden.

Die GRÜNEN gehen noch viel weiter. Sie wollen auch die Regelungen über die Verteilungsnetze überprüfen, einen Ausgleich schaffen, die Kriterien verändern etc. Das wollen wir gerade nicht. Wir haben uns in unserem Dringlichkeitsantrag darauf konzentriert, dass das verändert wird, was für Bayern eminent wichtig ist. Hinsichtlich der Verteilungsnetze könnten sonst nachteilige Wirkungen für Bayern entstehen. Ihnen ist es aber offenbar egal, wie sich die Regelungen am Ende auf Bayern auswirken.

Eines ist merkwürdig: Wir haben festgestellt, dass die GRÜNEN im Deutschen Bundestag eine ganz andere Meinung vertreten. Sie haben nämlich zum Beispiel geäußert, dass die Vereinheitlichung der Verteilungsnetze zu einem bürokratischen Monster führen würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich bin neugierig, was die CSU im Bundestag tun wird!)

Das hat ein Kollege geäußert, der die Sache richtig erkannt hat. Er hat auch erkannt, dass dadurch die Bewegungsfreiheit der Stadtwerke massiv eingeengt würde. Das alles wollen wir natürlich nicht. Auf keinen Fall wollen wir das, was Sie in Ihrem vorletzten Spiegelstrich niedergelegt haben, nämlich dass die Begünstigung der energieintensiven Unternehmen schrittweise abgebaut werden soll. Wir halten das für völlig verkehrt, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigt würde.

Herr Aiwanger, Sie schauen schon so gespannt. Jetzt komme ich noch zu den FREIEN WÄHLERN. Sie wollen jetzt wieder die Trassendiskussion anwerfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist doch die Ursache des ganzen Dilemmas!)

Niemand kann uns vorwerfen, dass wir und insbesondere unser Ministerpräsident die Frage, ob der Leitungsbau, der momentan in Rede steht, wirklich notwendig ist, nicht angesprochen hätten. Wir haben diese Frage hin- und hergewendet, bis am Ende feststand: Jawohl, wir brauchen diese Leitungsverbindungen, um den Strom von Nord nach Süd zu befördern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und jetzt sucht ihr einen Dummen, der euch das bezahlt! Aber den werdet ihr nicht finden! Schade!)

Sie wärmen hier diese Diskussion wieder auf und wollen eine Schlacht führen, die längst entschieden ist. Sie sollten das nicht tun, weil das zu nichts führt.

Dann haben Sie die modernen Gaskraftwerke angeführt. Das ist ein Thema, das uns ebenfalls sehr bewegt. Wir mussten erkennen, dass diese Gaskraftwerke so, wie sich die Energiepreise entwickelt haben, leider in keiner Weise wettbewerbsfähig sind. Außerdem gibt es den Vorrang der Einspeisung für die erneuerbaren Energien, wie Sie wissen. Darum ist der zweite Punkt Ihres Antrags nicht realistisch und auch nicht realisierbar, so schön das auch wäre. Es wäre schön, wenn neue Gaskraftwerke rentabler betrieben werden könnten. Das ist aber leider nicht der Fall. Deshalb müssen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag und um Ablehnung der Dringlichkeitsanträge der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Bernhard, ich habe mich ehrlich gesagt gewundert, dass dieses Thema heute hochgezogen wird. Ich weiß nicht, wem Sie damit einen Gefallen tun wollen. Vielleicht möchten Sie Herrn Laschet etwas zuspielen, was Ihnen sicherlich nicht gelingen wird. Ich werde Ihnen auch gleich erläutern, warum.

Die Netzentgelte stehen im Koalitionsvertrag. Wir werden diese Regelungen gemeinsam durchsetzen müssen. Insofern ist Ihr Vorgehen albern. Sie gehen jetzt auf das Land Nordrhein-Westfalen los. Das können Sie tun. Interessant ist, dass Ihre Schwesterpartei CDU in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2016 mit einem Antrag auf Bundesebene vehement gegen bundesweit einheitliche Netzentgelte vorgegangen ist. Die CDU-Landesgruppe NRW hat sich zudem mit diesem Anliegen in einem Schreiben an Herrn Kanzleramtsminister Altmaier gewandt und um eine Verschiebung der ursprünglich für den 30. November letzten Jahres geplanten Kabinetsbefassung zur Vereinheitlichung der Netzentgelte gebeten. Die Landesgruppe hat Herrn Altmaier geschrieben: Bitte tun Sie das nicht. Verschieben Sie es. Warum? – Weil sowohl die SPD als auch die CDU in Nordrhein-Westfalen aufgrund der dortigen regionalen Gegebenheiten die Netzentgelte im Moment niedrig halten möchten. Sie möchten eine Steigerung vermeiden. Das ist auch logisch.

Sie werden Herrn Laschet nicht dazu bringen, dass er das, was Sie hier machen, toll findet, weil Herr Laschet das, was Sie vorschlagen, im Moment gar nicht will. Die hauptsächlich Leidtragenden bei ungleichen Netzentgelten sind die neuen Länder; denn dort sind die Netzentgelte um bis zu 40 % höher als in den Westländern. Wir unterstützen Ihren Dringlichkeitsantrag, weil die darin enthaltenen Punkte auch im Koalitionsvertrag stehen. Insofern finde ich Ihre Begründung einfach nur albern.

Herr Bernhard, warum wollen wir ein Gesamtkonzept? – Wir wollen ein solches Konzept, weil die erneuerbaren Energien ganz andere Anforderungen an die Verteilnetze stellen. Im Moment ist das Netz auf die großen Energieversorger und auf die großen Energiebeschaffer ausgerichtet. Außerdem haben wir eine immer größer werdende

Flexibilisierung zu bewältigen. Deshalb legen wir Wert darauf, dass wir zum einen eine Verordnungsermächtigung zur Angleichung der Netzentgelte bekommen, zum anderen aber auch ein Gesamtkonzept erarbeitet wird, das auch die erneuerbaren Energien berücksichtigt. Das steckt hinter unserem Dringlichkeitsantrag. Das ist alles.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nicht verstehen, warum Sie unserem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Ich glaube, dass unser Antrag sehr sinnvoll ist. Er geht aber einen Tick über Ihren Dringlichkeitsantrag hinaus. Im Koalitionsvertrag steht, was wir in unserem Dringlichkeitsantrag ebenfalls formulieren. Sicherlich geht es auch um bayerische Interessen. Hier haben wir es jedoch mit einer nationalen Energiewende zu tun. Lassen Sie uns doch gemeinsam als SPD, als CDU und als CSU daran arbeiten, dass die Verordnungsermächtigung umgesetzt wird.

Die GRÜNEN gehen noch ein Stück weiter. Sie fordern, dass die Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Unternehmen peu à peu zurückgenommen werden. Ich glaube, im Gesamtkonzept der Energiewende ist das tatsächlich notwendig. Die GRÜNEN sagen nicht, dass sie einen sofortigen Cut wollen, sondern sie sind für eine schrittweise Annäherung. Das ist in meinen Augen nicht kritikwürdig. Darüber kann man diskutieren. Deshalb werde ich auch dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen.

Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER sage ich ganz ehrlich: Puh! Herr Pohl ist gerade nicht da. Er ist wahrscheinlich der Urheber dieses Dringlichkeitsantrags. Die Trassendebatte: Leute, jetzt ist es langsam mal gut!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, die geht erst los, weil Sie jetzt das Geld dafür einsammeln müssen!)

– Sie sind doch eh gleich dran. Da müssen Sie doch nicht dazwischenplärren. – Wir werden den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ablehnen; denn diese Debatte

ist nun wirklich vorbei. Die Energiewende geht vorwärts. Wir wollen keine zwei Strompreiszonen. Lassen Sie uns dieses Thema gemeinsam gestalten. Herr Bernhard, Sie können ja Ihren Dringlichkeitsantrag an Herrn Laschet schicken. Mal schauen, was er davon hält.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Pschierer, wir werden dem Dringlichkeitsantrag der CSU, was selten vorkommt, zustimmen, obwohl uns dieser Antrag nicht weit genug geht. Das Problem ist klar: Wir haben eine Ungerechtigkeit. Die Netzentgelte werden in ganz Deutschland ungerecht verteilt. Einige Betriebe müssen massiv mehr als andere bezahlen. Dabei sind die Übertragungsnetzentgelte nur ein Punkt.

Wir hören hier, dass es uns GRÜNEN angeblich nicht um Bayern geht. Herr Dr. Bernhard, Sie haben das angeführt. Aus Ihrem Antrag spricht etwas in der Manier des "America first", die wir jetzt von jenseits des Atlantiks öfter vernehmen. Sie liefern hier reines "Bavaria first" ab. Dazu sagen wir klar Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag fußt auf einer Initiative von Minister Gabriel aus dem letzten Jahr. Damals war er noch Wirtschaftsminister. Damit wollte er eine Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte in ganz Deutschland erreichen. Diese Initiative wurde aus Rücksicht auf den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf zurückgenommen. Jetzt gibt es hier gewissermaßen ein Schaulaufen. Ein Wahlkampf, der eigentlich in Nordrhein-Westfalen stattfinden soll, findet auf einmal bei uns im Plenum des Bayerischen Landtags statt. Ich wundere mich schon, was das hier soll – großes Fragezeichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ungerechtigkeit bei den Netzentgelten gibt es in verschiedenen Bereichen. Deswegen haben wir den Nachzieher eingereicht. Es geht nämlich nicht nur um die Übertragungsnetze, sondern auch um die Verteilnetze. Das ist sehr wichtig: Hier gibt es eine große Ungerechtigkeit im Verhältnis von sehr städtisch strukturierten zu den ländlichen Räumen. Wir brauchen einheitliche Regelungen zur Umlage der Netzentgelte auf die verschiedenen Verbrauchergruppen. Momentan werden die Großverbraucher massiv geschont, und alles wird dem Mittelstand bzw. den kleinen Verbrauchern zugeschustert. Dazu sagen wir GRÜNE klar: Das muss zurückgedreht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser nächstes Anliegen betrifft die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen. Im Jahr 2005 hat Schwarz-Rot als Übergangslösung gewisse Befreiungen für diese Unternehmen eingeführt. Seither wurden sie immer weiter ausgedehnt. Heute werden Betriebe, die pro Jahr konstant 7.000 bis 8.000 Stunden Strom brauchen, dafür belohnt, dass sie im Prinzip Strom verschwenden. Sie bekommen keinen Anreiz zur Stromeinsparung, sondern einen Anreiz zur Stromverschwendug. Das wollen wir umdrehen. Deswegen: endlich Schluss mit diesen Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Unternehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen hier eine Gleichbehandlung; die Kosten sollten nicht einseitig auf den Mittelstand und Privatleute abgeschoben werden. Natürlich muss immer ein gewisser Ausgleich stattfinden; das ist uns schon klar. Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen in gewisser Weise berücksichtigt werden. Aber die Ausnahmen, die sich bis jetzt entwickelt haben, können gerade angesichts der Belastung von Mittelstand und Privathaushalten nicht weitergeführt werden. Deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht.

Wir werden dem Antrag der CSU zustimmen, wir stimmen dem Antrag der SPD zu. Den Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen. Er ist nach unserer Einschätzung wirklich aus der Zeit gefallen. Den hätten Sie auch im Jahr 2015 stellen können. Er hat mit dem hier besprochenen Thema nichts zu tun. Ich bin auf die Begründung vom Herrn Aiwanger sehr gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen die Kosten der Stromtrasse schön langsam bei Bayerns Wirtschaft und bei Bayerns Stromkunden an. Und jetzt beginnt man, Geld einsammeln zu wollen. Die CSU fordert in ihrem Antrag, bundesweit die Kosten für die Übertragungsnetze einheitlicher zu verteilen, weil sonst – halten Sie sich fest – die Kosten für die bayerische Wirtschaft eminent steigen würden und damit sogar die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr gerät.

Vor gar nicht langer Zeit haben Sie uns hier noch erzählt, gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft wäre es äußerst notwendig, diese Stromtrassen zu bauen, die zig Milliarden kosten. Frau Kohnen, das klingt jetzt keinesfalls entschieden: Vielleicht haben Sie die aktuelle Resolution des Bayerischen Bauernverbandes noch nicht gelesen, in der die Stromtrassen sehr kritisch betrachtet werden und gefordert wird, dass die Grundstücksbesitzer für die Benutzung ihrer Grundstücke durch diese Trassen permanent entschädigt werden. Sie sollen nicht nur einmalig mit einem Butterbrot abgespeist werden, während die Gewinne danach für alle Zeit bei denen ankommen, die dort investieren. Sie sagen: Wenn ihr schon durchbauen wollt, wollen wir jedes Jahr Geld sehen.

Die Sache ist also keineswegs erledigt, sondern jetzt geht die Debatte darüber los, wer diesen Irrsinn bezahlt. Wir FREIEN WÄHLER sind traurig genug darüber, dass wir

als Einzige dagegen sind. Wir sind die Einzigen, die gegen diese beiden Stromtrassen sind, während eine ominöse große Koalition aus CSU, SPD und GRÜNEN dafür ist und diesem Phantom hinterherjagt, das sie am Ende teuer bezahlen werden müssen. Allein die Tatsache, dass andere Bundesländer fragen, warum sie mitbezahlen sollen, zeigt, welcher Streit hinter den Kulissen tobt. Heute warnen Sie davor, dass die bayerische Wirtschaft ohne die Stromtrassen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wenn Sie sich mit Ihrem Plan nicht durchsetzen können, würden Sie dann die Konsequenz ziehen und sich dazu entschließen, keine Trasse mehr zu bauen? – Sie schreiben in Ihren Antrag: Die Wettbewerbsfähigkeit ist in Gefahr; Sie fordern, dass andere sich beteiligen. Wenn sie das nicht tun, was ist dann? Nehmen Sie dann diesen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit sehenden Auges in Kauf, oder gehen Sie nicht doch sehr viel vernünftiger den Weg der FREIEN WÄHLER mit, die sagen: Diese beiden Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink sind Größenwahn im Quadrat, insgesamt 1.350 Kilometer lang!

Jetzt ist eine Erdverkabelung geplant. Das sind mindestens 20 Meter breite unterirdische Trassen, die aussehen, als ob man eine Bundesstraße auskoffert. Dort hinein kommen die Kabel. Es wird bedeckt. Die Landwirte wollen das nicht. Die Waldbesitzer dürfen auf diesen Trassen keinen Baum mehr anpflanzen. Das blenden Sie hier am grünen Tisch alles aus. Das ist aber die Realität draußen. Meine Damen und Herren, auf uns kommen Entwicklungen zu, bei denen Sie Angst bekommen werden, etwa wenn Gemeinden in der Nähe dieser Flächen kein Gewerbegrundstück mehr ausweisen dürfen und dergleichen mehr. Das dicke Ende dabei kommt erst noch auf uns zu.

Es gibt Schätzungen, nach denen Sie 30 Milliarden für diese Trassen ausgeben werden; die einen sagen mehr, die anderen weniger. Wir sagen: Wenn Sie schon so viele Milliarden für diese Trassen ausgeben wollen, dann müsste es doch auch möglich sein, ernsthaft darüber nachzudenken, schon gegebene Alternativen wie bestehende bayerische Gaskraftwerke etwas mehr ans Netz zu nehmen. Wir sollen sie nicht nur in Zeiten einsetzen, in denen man kurzfristig zum Einspringen eines von ihnen braucht,

sondern wir sollten diese Gaskraftwerke mehr ans Netz nehmen und das Defizit an Wettbewerbsfähigkeit ausgleichen oder die erneuerbaren Energien insgesamt voranbringen. Oder wir sollten überschüssigen Strom, wenn er anfällt, gezielter und billiger abgeben oder den einen oder anderen Pumpspeicher wettbewerbsfähig machen oder in der Photovoltaik und Windenergie noch ein bisschen was zulassen.

Sie alle haben sich auf diese Stromtrassen eingeschossen und Scheuklappen angelegt. Sie denken nicht mehr nach links und rechts und denken nicht mehr, ob es einen Weg an dieser Betonmauer vorbei geben könnte, sondern Sie rennen mit voller Kraft dreimal hintereinander gegen diese Betonmauer und schreien: Jetzt bin ich aber blutig, wer rettet mich? – Sie suchen jemanden, der diesen Wahnsinn bezahlt. Ich wünsche mir, dass Sie ihn finden, weil sonst die bayerischen Stromkunden durch Ihre verfehlte Politik von Schwarz und Rot auf Bundesebene massiv einen Schuss ins Knie bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Noch mal: Stoppen Sie diese Trassenpläne lieber jetzt als morgen, nicht nur, weil Sie damit etwas beerdigen, was Sie am Ende eh' nicht realisieren können, sondern auch, weil Sie dadurch Zeit verlieren würden, die jetzt dringend nötig ist, um Alternativen auszubauen. Sie lassen diese Alternativen nicht zu und verstießen sich heute genauso auf diese Stromtrassen, wie Sie sich im Herbst 2010 auf die Wiederverlängerung der Kernkraftwerks-Laufenzeiten versteift haben; erst durch Fukushima sind Sie zur Vernunft gebracht worden. Auch damals haben Sie gesagt: Es ist unbedingt notwendig, die Atomkraftwerks-Laufenzeiten zu verlängern. Heute sagen Sie mit derselben Überzeugung: Es ist unbedingt nötig, diese Stromtrassen zu bauen; und wer das nicht kapiert, ist so ein Bauer wie die FREIEN WÄHLER. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist es wichtiger, ein Bauer mit einem gesunden Menschenverstand zu sein als solch ein großenwahnsinniger Typ, wie Sie es sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Aiwanger. Herr Manfred Ländner von der CSU hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Manfred Ländner (CSU): Lieber Kollege Aiwanger, ich werde genauso wie Sie morgen wieder in meinen Stimmkreis zurückkehren. Die Menschen werden mich fragen, wofür die CSU und wofür die FREIEN WÄHLER stehen. Darf ich aus Ihrer Rede folgernd sagen, dass die FREIEN WÄHLER nicht für die Erdverkabelung, sondern für Overhead-Stromtrassen und für große Masten stehen? Ich hätte von Ihnen gerne eine Antwort auf diese Frage erhalten.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Antwort darauf bekommen Sie. – Ihre Frage bestätigt das, was ich vorhin gesagt habe, nämlich, dass Sie mit Scheuklappen unterwegs sind. Sie sind auf die Stromtrasse fixiert und überlegen, ob diese ober- oder unterirdisch verlegt werden soll. Ich sage, die Stromtrasse soll überhaupt nicht verlegt werden. Das ist genauso, wie die Wahl zwischen Erhängen und Erschießen zu haben. Ich will keines von beiden. Wir, die FREIEN WÄHLER, wollen diese Trasse nicht, weil wir sie nicht brauchen, Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Manfred Ländner (CSU): Mir fallen da nur die Siemens-Lufthaken ein!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Aigner das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sollten uns jetzt wieder beruhigen. Bitte schön, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erst einmal bei der SPD und bei den GRÜNEN bedanken, dass sie dem Antrag zustimmen. Es ist durchaus im bayerischen Interesse, dieses Thema heute zu diskutieren. Ich denke es ist systemimmanent, dass es zu die-

sem Thema in Nordrhein-Westfalen andere Ansichten gibt. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtags bzw. als Staatsregierung in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vertreten sollen. Was momentan bei den Netzentgelten geplant ist, ist nicht im Interesse Bayerns. Deshalb ist der Antrag richtig. Ich danke für die Unterstützung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Ich will gar nicht mehr im Detail darauf eingehen, weil ich auf die Aussagen des Kollegen Aiwanger eingehen möchte. Der Kollege ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern ich weiß nicht, was man überhaupt noch erklären soll. Ich möchte dies an einem konkreten Beispiel festmachen. Lieber Hubert Aiwanger, wir schreiben das Jahr 2017. Es gibt eine 80-prozentige Preiserhöhung im Netzgebiet des Strombetreibers TenneT. Dabei ist noch kein einziger Kilometer an Kabeln verlegt worden. Daraus kann geschlossen werden, dass die Preiserhöhung nichts mit den Erdkabeln zu tun hat, und zwar Null.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt es aber drinstehen!)

– Nein. Wenn man beim Lesen schon Fehler macht, dann wird es schwierig, mit Verlaub. Noch mal, das Problem, das im Moment besteht, liegt ausschließlich daran, dass wir schon bestellten Strom bezahlen. Dieser wird im Norden durch Windenergie produziert. Übrigens haben wir das alle über den Bundestag beschlossen. Der Strom kann aber nicht transportiert werden, stattdessen muss er abgeregelt, bezahlt und weggeschmissen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr regiert ja seit zehn Jahren! Das ist euer Fehler!)

Die Kosten, die jetzt dazukommen, sind zu 95 % aufgrund der Netzstabilisierungsmaßnahmen entstanden. Das hat also nicht mit einem Zuviel an Leitungskosten, sondern mit einem Zuwenig an Leitungskosten zu tun. Damit wir uns über die Größenord-

nung einig sind, nenne ich folgende Zahlen: Im Moment wenden wir dafür 1 Milliarde Euro pro Jahr auf.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Daran seid ihr schuld! Ich regiere nicht!)

Die Prognose geht dahin, dass wir in drei bis vier Jahren bei 4 Milliarden Euro pro Jahr sind. Jetzt kann ich nur nochmal sagen, dass wir die Frage, ob wir die Leitungen brauchen oder nicht, ausführlich beim Energiedialog diskutiert haben. Ich weiß, die FREIEN WÄHLER waren anderer Meinung, aber nur, weil sie das System immer noch nicht verstanden haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Euer System kann man nicht verstehen!)

Ich habe mittlerweile aufgegeben, euch das System zu erklären. Allein dieses Faktum spricht bereits Bände.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich trotzdem auf die Kosten zu sprechen, weil diese gestern im Rahmen des Netzentwicklungsplans veröffentlicht worden sind. Ja, es wird Mehrkosten geben. Aber noch mal, es geht auch um die Frage der Verträglichkeit. Der Kollege Ländner hat bereits gesagt, was in den Wahlkreisen vor Ort gefragt wird, nämlich, wie wir diese für die Menschen so verträglich wie möglich gestalten können. Noch mal, mit Verlaub: Die Kosten sind auf 40 Jahre gerechnet. Es ist ein Unterschied, ob es Mehrkosten von 8 Milliarden Euro für die Erdverkabelung gibt oder ob es zukünftig 4 Milliarden Euro pro Jahr geben wird. Das ist ein Riesenunterschied. Lieber Hubert Aiwanger, du sagst, dass 30 Milliarden Euro drinstehen, und zwar nur für die Erdverkabelung. Diese Aussage ist von wenig Sachkenntnis geprägt.

Die Kosten, die drinstehen, fallen für das gesamte Netz an, auch für das Verteilnetz. Das Verteilnetz wird gebraucht, um den produzierten Strom der Photovoltaikanlagen, die in Niederbayern auf den Dächern sind, und den Strom der Biogasanlagen bzw. der Windkraftanlagen in die großen Verteilnetze einspeisen zu können. Deshalb bitte ich

darum, irgendwann zuzustimmen und nicht nur zu filibustern. Hängen Sie nicht immer Wunschgedanken nach, sondern verstehen Sie einfach, wie das System funktioniert. Dafür gebe ich Ihnen gerne noch ein Privatissimum in Nachhilfeunterricht. Aber wenn man schon keine Ahnung hat, dann soll man – Entschuldigung – auch nicht reden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem CSU-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15169 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/15184. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/15185 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt abschließend zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15186. Das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.